



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

19. Wahlperiode - 37. Sitzung (neu)

am Mittwoch, dem 27. November 2019, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Oliver Kumbartzky (FDP)

Vorsitzender

Hauke Göttisch (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Volker Schnurrbusch (AfD)

Flemming Meyer (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Gespräch mit Herrn Dr. Horn, ehem. Professor für Bodenkunde an der CAU Kiel, zum Thema Boden in Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
	hierzu: Umdruck 19/2800	
<b>2.</b>	<b>Bericht des Beratungsrings für Schafhalter e. V. über die wirtschaftliche Situation der Schafhalter in Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
	Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD) Umdruck 19/2817	
<b>3.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die Demonstrationen von Bäuerinnen und Bauern sowie eine Stellungnahme dazu</b>	<b>12</b>
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/3285	
<b>4.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>13</b>
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/1273	
	Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/2443 (neu)	
<b>5.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die geplante Aufklärungskampagne zum Thema Schottergärten</b>	<b>14</b>
	Antrag der Abg. Kirsten Eickhoff-Weber Umdruck 19/3276	
<b>6.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufekammergesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes</b>	<b>15</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1467	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/3105	
<b>7.</b>	<b>Export von Plastikmüll verbieten</b>	<b>16</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1440	

	<b>Verschärfung der Baseler Konvention</b>	<b>16</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1476	
<b>8.</b>	<b>Kapazitäten und Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung in Schleswig-Holstein</b>	<b>17</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1510	
<b>9.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>18</b>
	<b>a) Sachstandsbericht des MELUND über Ministerkonferenzen</b>	<b>18</b>
	<b>b) Luftreinhalteplan für den Theodor-Heuss-Ring</b>	<b>18</b>

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Gespräch mit Herrn Dr. Horn, ehem. Professor für Bodenkunde an der CAU Kiel, zum Thema Boden in Schleswig-Holstein**

hierzu: [Umdruck 19/2800](#)

Herr Dr. Horn, ehemaliger Professor für Bodenkunde an der CAU Kiel, gibt anhand der aus der Anlage ersichtlichen PowerPoint-Präsentation einen Vortrag über den Zustand des Bodens in Schleswig-Holstein.

Von Abg. Rickers hinsichtlich Produktionsverfahren befragt, macht Herr Dr. Horn darauf aufmerksam, dass die Daten bereits viele Jahrzehnte erhoben würden. Sie ließen den Schluss zu, dass der Boden mit einer stark konservativen Bodenbewirtschaftung gut zurechtkomme. Positiv sei flaches Grubbern. Hier werde die Last relativ weit oben auf dem Boden aufgebracht, nicht aber in der Tiefe.

Abg. Schnurrbusch erkundigt sich nach Erkenntnissen hinsichtlich der Erosion. Herr Dr. Horn antwortet, diese betrage etwa 4 bis 8 t pro Hektar pro Jahr.

Auf eine weitere Frage des Abg. Schnurrbusch legt Herr Dr. Horn dar, entscheidend sei das Ernteverfahren. Jeder Boden verfüge über eine eigene Festigkeit. Werde diese überschritten, sei eine zusätzliche irreversible Deformation zu erwarten. Für jede Fläche könne die Belastbarkeit sowie die erforderliche Maschinenkonfiguration definiert werden.

Auf eine Frage der Abg. Eickhoff-Weber bestätigt Herr Dr. Horn, für eine sinnvolle Bodenbearbeitung ohne Schädigung der Böden auch in tieferen Lagen würden standortangepasste kleinere Maschinen benötigt. Er bejaht die Frage der Abg. Eickhoff-Weber, dass das Förderprogramm des Ministeriums für neue große Güllefahrzeuge kontraproduktiv wirke. Er führt auf weitere Fragen der Abg. Eickhoff-Weber aus, ein Boden, der zusammengedrückt sei, werde sich nicht von allein hochheben. Belaste man einen Boden aber mit weniger als der Eigenfestigkeit, habe er eine Chance, etwas mehr Elastizität zu erreichen. Diesbezüglich verweist er auf den computergestützten Einsatz von kleineren High-Tech-Geräten.

Auf Fragen des Abg. Voß zur Agrartechnik für die Zukunft führt er aus, jeweils zu betrachten sei der Boden, der zu erhalten sei. Der Trend zu immer größeren und immer schwereren Maschinen sei mit Sicherheit noch nicht gebrochen. Dies wäre schön, dann nämlich hätten Maschinenbauer und Studenten etwas gelernt. Er weist auf die bereits in den 60er-Jahren von einem Professor vertretene These, dass mit Hightech und kleineren Maschinen mehr für den Boden erreicht werden könne.

Auf eine Frage der Abg. Metzner legt er dar, beim längerfristigen Anbau bestimmter Pflanzenarten, beispielsweise Luzerne, sei eine bessere Durchwurzelbarkeit der Böden verbunden. Eine Subventionierung des Anbaus dieser Pflanzen über einen größeren Zeitraum, mindestens zwei Jahre, wäre hilfreich.

Auf Fragen des Abg. Göttsch meint Herr Dr. Horn, dass er seinen Studenten diesen Aspekt durchaus vermittelt habe. Ob sie dies allerdings umsetzten, lege auch an der Ökonomie. Er vertrete die Auffassung, dass man lieber etwas weniger groß, aber bodenschonender bewirtschaften sollte. Unter dem Strich komme mehr dabei heraus.

## **2. Bericht des Beratungsrings für Schafhalter e. V. über die wirtschaftliche Situation der Schafhalter in Schleswig-Holstein**

Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD)

[Umdruck 19/2817](#)

hierzu: [Umdruck 19/3329](#)

Frau Riedel, Beraterin und Sachverständige des Beratungsrings für Schafhalter e.V., trägt anhand einer PowerPoint-Präsentation - [Umdruck 19/3329](#) - über die wirtschaftliche Situation der Schafhalterinnen und Schafhalter vor.

Herr Engel, Vorsitzender des Beratungsrings für Schafhalter e.V., berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Deichschäferei.

Herr Bohlen, Leiter des Referats Schutzgebiete, Artenschutz im MELUND, legt dar, deutlich geworden sei, dass die wirtschaftliche Situation der Schafhalter unabhängig von der Frage des Wolfes schwierig sei, allerdings sei er der Auffassung, dass die Darstellung zum Teil schwarzmalersisch gewesen sei.

Zur Wolfsprävention mit Zäunen weist er darauf hin, dass das System geändert und auf ein Pauschalsystem umgestellt worden sei. Dieses System orientiere sich an der Zahl der Schafe und lege die Erkenntnisse aus der landwirtschaftlichen Fachliteratur zugrunde. Bisher seien 75 Anträge mit einem Volumen von 1 Million € bewilligt worden. Die Rückmeldungen belegten, dass die Schafhalterinnen und -halter damit auskämen. Nach der Umstellung auf das Pauschalsystem zur Sicherung der Flächen könnten die Gelder bedarfsgerecht genutzt werden unter der Voraussetzung, dass ein wolfsabweisender Zaun errichtet werde.

Bei Deichen bestünden enorme Schwierigkeiten, Zäunungen vorzunehmen. Hier müsse streckenweise gezäunt werden, wenn es einen Schafsriss gegeben habe. Dies sei Voraussetzung für eine Ausgleichszahlung für einen eventuellen Schafsriss. Diese Maßnahme halte er für in vielen Fällen unproblematisch. Die Zäune dafür würden gestellt.

Herr Martens vom LLUR stellt zunächst kurz sich vor und hebt hervor, dass er selbst Schäfer sei und 1.050 Mutterschafe habe. Er stehe als Experte auch hinsichtlich des Aufbaus von Zäunen zur Verfügung. Richtig sei, dass es in der Vergangenheit auch ungeeignetes Zaunmaterial

gegeben habe. Gegenwärtig befinde man sich im Gespräch mit den Zaunherstellern, um praktikable Lösungen zu ermöglichen.

Herr Engel problematisiert bei der Aufstellung von E-Zäunen die Lagerung und den Transport von Generatoren sowie den Einsatz derselben unter widrigen Witterungsbedingungen. Außerdem hält er eine Einzäunung auf den Deichen für nicht realistisch. Das schildert er detailliert am Beispiel eines seiner Gebiete nahe an einer Straße sowie mit durchzogenen Fußgänger- und Fahrradwegen, wo ein elektrischer Zaun seiner Auffassung nach auch eine Gefahr für Radfahrer und Fußgänger darstelle.

Herr Bohlen betont, dass die Deiche nach wie vor nicht Teil der Wolfspräventionsgebiete seien. Es sei aber beihilferechtlich notwendig, nach einem Riss Schutzmaßnahmen zu ergreifen, also drei Wochen lang einen Zaun aufzustellen. Sollte eine derartige Maßnahme nicht ergriffen werden, könnten keine Ausgleichsleistungen erfolgen.

Auf Fragen des Abg. Götsch legt Herr Engel dar, dass er aus betriebswirtschaftlichen und arbeitswirtschaftlichen Gründen keine Zäune aufstellen werde. Er macht darauf aufmerksam, dass die Schafe auf den Deichen zum Bestandsschutz derselben beitragen, und weist auf die Gefahr hin, dass etliche Schäfer aufgäben.

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, geht auf eine Frage des Abg. Götsch hinsichtlich der Abschussgenehmigung für einen Wolf ein und führt aus, dass die in Schleswig-Holstein gesammelten Erfahrungen an Mecklenburg-Vorpommern weitergegeben würden. Er hoffe, dass der Austausch so weit gehe, dass es bundesweit einheitliche Vorgehensweisen zu dieser Frage geben werde. Für notwendig halte er eine Expertengruppe, die sich bundesweit vernetzt auf derartige Fälle spezialisiere.

Herr Bohlen bezieht sich auf Fragen des Abg. Schnurrbusch und legt dar, dass das Land im Rahmen des Wolfmanagements Erfahrungen gesammelt habe und lerne. Es handele sich um einen laufenden Prozess. Nach den Berechnungen des Landes bleibe bei den Schäfern - abgesehen von der Arbeitsleistung - bei einer Umzäunung nicht viel hängen. Er widerspricht der Ausführung, dass Zäune nichts brächten. Über kurz oder lang werde es Wölfe in Schleswig-Holstein geben. Sei das Land dann nicht vorbereitet und werde nicht gezäunt, gefährde dies die gesamte Weidetierhaltung.

Frau Riedel verweist auf Erfahrungswerte aus Sachsen. Danach fänden 80 % der Wolfsübergriffe auf geschützte Herden statt. Den von ihr genannten Kosten lägen die tatsächlichen Kosten zugrunde, die auch die Haltbarkeit der Zäune, die Nutzungsdauer sowie die Pfähle berücksichtige. Sie bietet an, dem Ausschuss im Nachgang eine genauere Berechnung nachzureichen.

Auf eine Nachfrage des Abg. Rickers bestätigt Herr Bohlen, dass die Unterstützungsleistungen beihilferechtlich geprüft und von der EU genehmigt seien.

Herr Engel bekräftigt seine Aussage, dass, sofern sich der Wolf im Land ansiedele, die Schafewichen.

Minister Albrecht legt dar, die Landesregierung arbeite daran, ordentliche Lösungen für die Probleme zu finden. In den vergangenen Jahren sei beim Wolfsmanagement ständig nachgebessert worden. Es solle deutlich gemacht werden, wie eine Koexistenz funktionieren könne, statt Alternativlosigkeit zu vermitteln. Dies sei der einzige Weg einer Koexistenz zwischen einem streng geschützten Tier und der offenen Weidetierhaltung. Eine mögliche Alternative wäre, das EU-Recht zu ändern und den Wolf aus diesem strengen Schutz herauszunehmen.

Er weist darauf hin, dass der Schutz dieses Tieres vom Steuerzahler finanziert werde. Schadenersatzleistungen könnten also nur dort erfolgen, wenn nachgewiesen sei, dass auch ein Beitrag zur Prävention geleistet werde. Ein Beitrag dazu sei die kostenlose Zurverfügungstellung von Herdenschutzpaketen. In den Bereichen, in denen damit zu rechnen sei, dass sich der Wolf nicht nur für eine Übergangszeit aufhalte, gebe es einen Ausgleich der Schäden sowie eine Förderung von Präventionsmaßnahmen zu 100 %, soweit es das Beihilferecht gestatte. Maßstab sei nicht, bürokratische Hürden aufzubauen. Auch deshalb gebe es ein relativ einfaches System der Pauschalerstattung. Ziel sei, möglichst viele Nutztiere zu schützen, um die Vermeidung von Übergriffen zu verbessern und die Spezialisierung des Wolfes auf Nutztiere zu vermeiden. Ihm seien die bestehenden Probleme, die damit verbunden seien, insbesondere auch die personellen, durchaus bewusst. Aus diesem Grund werde versucht, alle Rückmeldungen aufzunehmen und auszuwerten.

Im Folgenden diskutiert der Ausschuss kurz über die mögliche Entwicklung der Wolfspopulation. Dazu führt Minister Albrecht aus, er habe im Kreis der Umweltminister angeregt, eine

Populationserhebung auf Bundesebene sowie in den Anrainerstaaten durchzuführen. Dann sei es möglich, eine Diskussion auf Faktenbasis zu führen.

Abg. Fritzen verweist auf ihr vorliegende statistische Zahlen des Abgangs von Schafen und erkundigt sich danach, ob diese stimmten. - Frau Riedel bestätigt diese und erläutert ausführlich die Gründe und Zusammensetzung dieser Abgänge.

Frau Riedel geht auf Fragen der Abg. Redmann, Eickhoff-Weber und Jensen ein und beantwortet diese wie folgt: in Schleswig-Holstein gebe es eine Mutterschafprämie. Diese falle allerdings unter die De-minimis-Regelung. Sinnvoller gewesen wäre die angedachte Weidetierprämie, die allerdings vom Bundestag abgelehnt worden sei. Nach einer groben Berechnung schätze sie, dass bei einer Koexistenz zwischen Wölfen und Schafen eine jährliche Ausgleichsprämie für Mutterschafe in Höhe von etwa 200.000 € notwendig seien. Sie setzt sich für eine flächenbedingte Förderung ein und weist darauf hin, dass alle Flächen in öffentlichem Eigentum von den Extensivierungsprämien ausgeschlossen seien. Dabei handele es sich beispielsweise um Landesflächen, Bundeswehrflächen und Flächen der Stiftung Naturschutz. Sie weist auf die Deichschafhaltung in Niedersachsen hin, wo die Schäfer in einer Art Angestelltenverhältnis beschäftigt sei, während die Schäfer in Schleswig-Holstein das unternehmerische Risiko selbst trügen. - Zum Thema Vergrämungsmaßnahmen führt sie aus, dass diese nach Versuchen nicht wirksam seien. - Schäfer hielten ihre Tiere in der Regel auf verschiedenen, manchmal 20 Flächen, die durchaus auch weit auseinanderlägen. Ein Schäfer müsse jede Weide täglich besuchen und die Schafe kontrollieren. In der Lammzeit würden die Herden sogar zweimal täglich angefahren. - Zum Thema Winterweiden führt sie aus, dass rinderhaltende Betriebe ihre Flächen häufig gern für die Schafhaltung zur Verfügung stellten. So profitieren beide Seiten davon.

Herr Bohlen bezieht sich ebenfalls auf Fragen der Abg. Redmann und legt dar, nach Wechsel des Fördersystems auf ein Pauschalsystem könne das entsprechende Material nach Bedarf eingekauft werden. - Am Nordseedeich habe es bisher kein Ereignis gegeben. - Er bestätigt, dass Vergrämungsmaßnahmen nicht erfolgreich seien. - Zu Winterbegrünungsflächen führt er aus, nunmehr sei eine Ansaat möglich, die für Schäferinnen und Schäfer attraktiv seien. Dies betreffe auch größere Flächen, die gezäunt werden könnten.

Minister Albrecht bestätigt, dass die Weidetierprämie im Bundestag abgelehnt worden sei. Dennoch könne man weiter darüber diskutieren. - Nach seinen Informationen werde auf EU-Ebene an entsprechenden Leitlinien zur Interpretation der Richtlinie gearbeitet. Außerdem seien Rückmeldungen zu Vorschlägen für Vorgehensweisen zugesagt worden. Er erwarte, dass Schleswig-Holstein mit seinen konkreten Problemen vor Ort bei der EU-Kommission ernst genommen werde. Das sei ihm zugesichert worden.

Er habe ferner gegenüber der EU die Erwartung deutlich gemacht, dass weitere Präventionsmaßnahmen erforscht würden. Er habe auch mit dem Bundesministerium darüber diskutiert, dass dafür entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Er halte eine grenzüberschreitende Bestandserfassung des Wolfes für notwendig. Sofern davon auszugehen sei, dass es einen sicheren Erhaltungszustand gebe. Er könne mit einem solch streng geschützten Tier anders umgegangen werden als ohne sicheren Erhaltungszustand.

Er weist ferner darauf hin, dass die EU-Richtlinie seit Anfang der 90er-Jahre nicht geändert worden sei. Dennoch halte er eine Änderung für nicht realistisch. Wünschenswert wäre allerdings ein Leitfaden zum Umgang mit der Richtlinie.

Auf den Hinweis von Frau Riedel hinsichtlich der Zahlung von Prämien weist er darauf hin, dass auch auf Landesdeichen Prämien gezahlt würden. Zudem sei darauf hinzuweisen, dass etwa das LKN die Pacht deutlich gemindert habe. - Frau Riedel bestätigt dies und konkretisiert, dass keine Sonderprämien gezahlt würden.

Abschließend lädt Frau Riedel die Mitglieder des Ausschusses zu einer Grünfraßbereisungstour ein.

**3. Bericht der Landesregierung über die Demonstrationen von Bäuerinnen und Bauern sowie eine Stellungnahme dazu**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Umdruck 19/3285](#)

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, verweist auf die Plenardebatte zu diesem Thema und ergänzt, dass am 26. November 2019 eine große Demonstration in Berlin stattgefunden habe. Diese sei ein Beleg dafür, wie dringlich es sei, beim Agrarpaket der Bundesregierung deutlich zu machen, dass es Unterstützungsleistungen und Vorgaben bedürfe. Er halte es für wichtig, dass der Dialog, wie er auf Landesebene bereits geführt werde, auch auf Bundesebene stattfinde.

Abg. Eickhoff-Weber verweist ebenfalls auf die Plenardebatte und vertritt die Ansicht, dass es im Prinzip keine neuen Gesichtspunkte gebe, auch wenn sie es für wichtig halte, das Thema zu erörtern.

Abg. Rickers hält es angesichts der Aktualität der Thematik für notwendig, sich damit zu beschäftigen.

Auch Abg. Voß hält es für notwendig, zu beobachten, wie sich die Situation entwickle und wie gegebenenfalls reagiert werden könne.

Der Vorsitzende schlägt vor, in die nächste Sitzung das Organisationsteam der Demonstrationen einzuladen. - Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Auf eine Frage des Abg. Voß hinsichtlich der Jahresabschlüsse legt Herr Dr. Terwitte, stellvertretender Leiter der Abteilung Landwirtschaft, Veterinärwesen und Fischerei im MELUND, dar, es gebe derzeit vorläufige Prüfungsergebnisse. Es habe sich um ein schlechtes Wirtschaftsjahr gehandelt - geprägt von der Dürre und schlechten Preisen. Die durchschnittlichen Gewinne lägen etwa 10 bis 20 % geringer als im Vorjahr.

**4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1273](#)

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/2443](#) (neu)

(überwiesen am 6. März 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/2264](#), [19/2315](#), [19/2375](#), [19/2377](#), [19/2390](#),  
[19/2391](#), [19/2404](#), [19/2423](#), [19/2424](#), [19/2425](#),  
[19/2426](#), [19/2427](#), [19/2428](#), [19/2431](#), [19/2435](#),  
[19/2436](#), [19/2437](#), [19/2443](#) (neu), [19/2448](#),  
[19/2449](#), [19/2450](#), [19/2452](#), [19/2456](#), [19/2461](#),  
[19/2507](#), [19/2555](#), [19/2670](#)

Der Ausschuss schließt sich einstimmig dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschuss an.

## **5. Bericht der Landesregierung über die geplante Aufklärungskampagne zum Thema Schottergärten**

Antrag der Abg. Kirsten Eickhoff-Weber  
[Umdruck 19/3276](#)

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, berichtet, der Bund habe die Länder aufgefordert, aus Mitteln des Aktionsprogrammes Insektenschutz eine Kampagne zur insektenfreundlichen Gestaltung von Privatgärten zu starten. Auf der Umweltministerkonferenz sei ein Eintrag zur stärkeren Beobachtung von Schottergärten, der ungebrochen bestehe, aufgegriffen worden. Ziel sei, eine zunehmende Verschotterung zu beenden. Angestrebt würden lebende Vorgärten mit entsprechender Bepflanzung. Noch unklar sei, ob es bei einer Bewerbung bleibe oder auch entsprechendes Blühgut gefördert werden könne. Diesbezüglich werde auf eine entsprechende Rückmeldung des Bundes gewartet.

Abg. Eickhoff-Weber und Redmann stellen Nachfragen hinsichtlich der Regelungen in der Landesbauordnung sowie zu den Ausgleichsmaßnahmen in Baugebieten. Herr Bohlen, Leiter des Referats Schutzgebiete, Artenschutz im MELUND, verweist zunächst auf das Aktionsprogramm Insektenschutz. Hinsichtlich der Bauleitplanung verweist er darauf, dass die Fachaufsicht beim Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration liege. Ein wichtiger Ansatzpunkt sei aber die Akzeptanzforderung. Geplant sei die Entwicklung von Initiativen, die sich auch an Kommunen richteten, an Grundstückseigentümer, aber auch an Dritte. Bereits derzeit durchgeführt werde das Programm „Schleswig-Holstein blüht auf“, das sich auch gezielt an Kommunen richte.

Abg. Eickhoff-Weber hält diese Maßnahmen für gut, aber nicht für ausreichend. Hilfreich wäre, wenn gleichzeitig den unteren Naturschutzbehörden der Rücken gestärkt würde, um das umzusetzen, was bereits in der Bauleitplanung stehe. Sie empfehle, sich an den Innenminister zu wenden mit der Bitte, die Kommunen auf die entsprechende Regelung in der Landesbauordnung hinzuweisen. Außerdem bittet sie, darauf hinzuweisen, dass der Einsatz von Glyphosat auch auf Schotterwegen verboten sei.

Minister Albrecht sagt zu, diese Bitten mitzunehmen und weiterzuleiten.

**6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufekammergesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 19/1467](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Umdruck 19/3105](#)

(überwiesen am 21. Juni 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2922](#), [19/2927](#), [19/2928](#), [19/2929](#), [19/2969](#),  
[19/3001](#), [19/3006](#), [19/3105](#)

Der Vorsitzende bringt für die Koalitionsfraktion den aus [Umdruck 19/3105](#) ersichtlichen Änderungsantrag ein und ergänzt, es handele sich dabei um eine Änderung des Artikels 2 des Gesetzentwurfs.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag [Umdruck 19/3105](#) einstimmig zu.

Er empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf in der von Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen.

## **7. Export von Plastikmüll verbieten**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1440](#)

### **Verschärfung der Baseler Konvention**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1476](#)

(überwiesen am 16. Mai 2019)

hierzu [Umdrucke 19/2633](#), [19/2639](#), [19/2640](#), [19/2641](#), [19/2672](#),  
[19/2736](#), [19/2748](#), [19/2760](#), [19/2788](#), [19/2789](#),  
[19/2811](#), [19/2824](#), [19/2825](#), [19/2828](#), [19/2829](#),  
[19/2865](#), [19/2866](#), [19/2868](#), [19/2870](#)

Der Ausschuss stellt die Beratung bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

**8. Kapazitäten und Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1510](#)

(überwiesen am 14. November 2019 an den **Sozialausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss einstimmig, eine mündliche Anhörung durchzuführen, und zwar in einer gemeinsamen Sitzung der beteiligten Ausschüsse. Dabei soll sichergestellt werden, dass auch Vorschläge für Anzuhörende aus den beteiligten Ausschüssen berücksichtigt werden und die Themenschwerpunkte gleichmäßig verteilt sind.

Auf Anregung des Abg. Rickers denkt der Ausschuss über eine Delegationsreise zu einem Schlachthof nach.

Abg. Eickhoff-Weber bittet die Landesregierung, die aus dem Bericht der Landesregierung zum Thema Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein, [Umdruck 18/1953](#), ersichtlichen Zahlen zu aktualisieren und dem Ausschuss zuzuleiten.

## **9. Verschiedenes**

### **a) Sachstandsbericht des MELUND über Ministerkonferenzen**

Der Ausschuss nimmt das Angebot an, ihm die Beschlüsse der letzten Umweltministerkonferenz in schriftlicher Form zuzuleiten.

Auf eine Frage der Abg. Redmann zum Klimapaket führt Herr Albrecht, Minister für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, aus, die Regelung zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung sei unzureichend. Die Landesregierung wolle eine grundlegende Reform und Energieabgaben und -umlagen, die eine Lenkungswirkung entfaltetten hin zu erneuerbaren Energien und weg von fossilen Brennstoffen. Auch bezüglich der steuerlichen Regulierung bestehe ein Nachverhandlungsbedarf. Nach dem Vorschlag würden die Länder mehr belastet als der Bund. Nicht zufrieden seien insbesondere die G-Länder mit der Art und Weise der Pendlerpauschale. Die Umweltministerkonferenz habe beschlossen, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht ausreichend sei, die Pendlerpauschale nicht zielführend und anders ausgestaltet werden sollte. Insbesondere hinsichtlich der Abstandsregelung in Bezug auf die Förderung der Windkraft bestehe ein Dissens.

### **b) Luftreinhalteplan für den Theodor-Heuss-Ring**

Minister Albrecht erinnert daran, dass ein Entwurf für einen Luftreinhalteplan in eine Anhörung gegeben worden sei. In diesem Entwurf sei eine Reihe von Maßnahmen zur Erreichung des Grenzwertes erhalten gewesen.

In der Anhörung seien von vielen Anwohnern, aber auch von der Stadt Kiel selbst Eingaben gemacht worden in die Richtung, dass einige verkehrliche Maßnahmen nicht gewollt seien, die die Verhältnismäßigkeit infrage stellten. Die Stadt Kiel habe einige Maßnahmen selbstständig zurückgezogen und alternative Maßnahmen eingebracht.

Die Eingaben seien alle geprüft, alle Optionen seien durchgerechnet worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass, sofern die verkehrlichen Maßnahmen nicht durchgeführt würden, eine Aussparung von einem Teilstück von 200 m in eine Richtung für Dieselfahrzeuge notwendig sei, um den Grenzwert in den Jahren 2021 und 2022 erreichen zu können. Dieses Ergebnis der Überarbeitung des Luftreinhalteplans sei öffentlich erklärt worden. Man befinde sich derzeit mit der Stadt Kiel in der Diskussion darüber, ob es gelinge, dem Land Maßnahmen darzulegen,

die über das Maß hinausgingen, was bisher dargelegt worden sei, um möglicherweise ein anderes Maßnahmenbündel zu finden, um damit den Grenzwert einzuhalten. Gebe es keine anderen Maßnahmen, sei das Land verpflichtet, die als geeignet anzusehenden Maßnahmen zur Erreichung des Grenzwerts anzuordnen.

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

gez. Oliver Kumbartzky  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer